

Die faschistische Schutzgelderpressung: Tributstaaten

„In unseren Köpfen gibt es verschiedene Arten von Geschichtsbüchern. Es gibt eine Art von Geschichtsbüchern für die Mehrheit der Weltbevölkerung. Die deutschen Geschichtsbücher, die französischen, amerikanischen und englischen Geschichtsbücher wurden alle in einer immer extremeren Verzerrung der tatsächlichen Ereignisse umgeschrieben.“

25.09.2025 / Michael Hudson und Glenn Diesen

Glenn: Hallo zusammen und willkommen zurück. Ich freue mich sehr, heute wieder Michael Hudson, Professor für politische Ökonomie, zu Gast zu haben, um über die wirtschaftliche Nötigung der USA gegenüber ihren Verbündeten zu sprechen. Willkommen zurück in der Sendung.

Michael: Schön, wieder hier zu sein, Glenn.

Glenn: Es gibt also diese interessante Entwicklung. Meine These lautet, dass in der unipolaren Ära Staaten, die den USA folgten, belohnt wurden, und diejenigen, die dies nicht taten, bestraft werden konnten – weil es keine Alternativen gab. In der multipolaren Ordnung scheint sich das Spiel zu ändern – zumindest die Spielregeln. Das heißt, Gegner der USA und auch neutrale Staaten, die keine allzu enge Allianz eingehen wollen, haben die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Partnerschaften zu diversifizieren, und somit führt jeder Versuch, Druck auf sie auszuüben, lediglich zu einem Anreiz, sich weiter zu diversifizieren – weg von den USA.

Mit anderen Worten: Die USA haben gegenüber China oder Russland gar nicht so große Vorteile, wie wir meinen. Im Gegensatz dazu gibt es Verbündete der USA, die sich Sorgen über den Aufstieg anderer Großmächte machen und sich vollständig an die USA gebunden haben. Sie scheinen eher bereit zu sein, sogar ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu opfern, um die Führungsposition der USA, aber auch ihre eigenen Beziehungen und Verbindungen zu den USA zu erhalten [siehe EU]. Dies verschafft den USA eine sehr günstige Position. Sie können diese Unterordnung ihrer Verbündeten ausnutzen. Die USA können sie dann auch von anderen Machtzentren abkoppeln, um politische Sicherheit oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erlangen.

Mein Punkt ist also: Es scheint, dass die USA einen Vorteil haben, wenn sie einen Wirtschaftskrieg gegen ihre Verbündeten führen. Und dadurch bin ich auf einen Artikel von Ihnen gestoßen, den ich kürzlich gelesen habe und sehr interessant fand. Sie vergleichen einige der Maßnahmen, die die USA heute ergreifen, mit der Politik Großbritanniens und Frankreichs im 19. Jahrhundert. Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Argumente näher ausführen könnten.

Michael: Ich möchte gleich zu Beginn auf Ihre Verwendung des Begriffs „Gegner der USA“ eingehen. Ich nehme an, Sie beziehen sich auf die BRICS-Staaten, China, Russland, Iran und die anderen Länder, die sich zu diesem Treffen versammelt haben. In allen Erklärungen, die ihre Präsidenten und Vertreter bei diesen Treffen abgegeben haben, war kein Wort von den USA als Gegner zu hören, ja, die USA wurden überhaupt nicht erwähnt. Sie sehen sich selbst als von den USA

angegriffen, ähnlich wie die USA tatsächlich Europa behandeln. Sie versuchen nicht, sich an den USA zu rächen, sondern sich gegen Trumps Forderungen an diese Länder zu verteidigen.

Und seine Forderungen sind für die BRICS-Staaten dieselben wie für Großbritannien, für die europäischen Länder und für Japan. Tatsächlich finden derzeit in Korea Diskussionen statt. Selbst Korea, einer der Verbündeten der USA, den die USA gerne ausbeuten würden, wehrt sich. Die USA haben Korea, genau wie Japan, gedroht und gesagt: Wenn ihr den USA nicht 350 Milliarden Dollar leiht, über die ich, Präsident Trump, verfügen kann, um zu entscheiden, wie sie ausgegeben werden (und ihr bekommt 10 Prozent der Erträge, falls es welche gibt, und wir bekommen 90 Prozent), dann werden wir die Zölle für euch erhöhen und eine Krise herbeiführen. Dann werdet ihr Arbeitslosigkeit haben, und das wird dazu führen, dass die Wähler gegen euch stimmen. Und wir werden eine Krise herbeiführen.

Erst neulich sagte der US-Handelsminister Howard Lutnick den Koreanern unverblümt, wie gestern in der *Financial Times* zitiert: „Die Japaner haben einen Vertrag über 350 Milliarden Dollar unterzeichnet. Die Koreaner akzeptieren entweder den Deal oder zahlen die Zölle, schwarz auf weiß. Zahlen Sie die Zölle oder akzeptieren Sie den Deal.“

Nun, genau das hat er Europa gesagt. Die Frage ist, was Europa von den BRICS-Ländern unterscheidet, die versuchen, eine Alternative zu schaffen, indem sie sagen: „Na gut, Trump droht, unseren Exportindustrien den Zugang zum USA-Markt zu verwehren. Wenn wir seinen Forderungen nachgeben, kostet es uns mehr Geld, den USA Tribut zu zahlen, was eigentlich eine Schutzgelderpressung ist. Entweder ihr zahlt uns Geld und akzeptiert unsere Einfuhrzölle und unsere Forderungen, eure Industrie abzubauen und hier zu investieren, oder wir erhöhen die Zölle und verursachen eine Krise für euch.“ Die gleiche Forderung wird überall gestellt.

Und Sie haben gefragt, warum die USA speziell an Europa diese Forderung stellen. Die Forderung ist genau dieselbe. Europa gibt auf – sicherlich nicht seine Wähler, sondern die europäischen Staats- und Regierungschefs, im Grunde genommen die NATO-Führer. In der EU haben die Außenminister eine Entscheidung getroffen, dass sie lieber kurzfristig leben wollen, wie es Politiker tun, und keine Zerstörung ihrer Industrie in Kauf nehmen wollen, als langfristig zu leben. Sie haben die Wahl. Die Entscheidung fiel vor 2022, als sie im Wesentlichen zustimmten, die Nordsee-Pipeline zu sprengen – oder sie von den USA sprengen zu lassen – und sich in Bezug auf Öl vollständig von den USA abhängig zu machen. Sie sagten: „Nun, zumindest können wir uns auf die USA verlassen.“ Das sagte Ursula von der Leyen. „Wir können uns auf die USA verlassen.“

Und doch hat Trump deutlich gemacht, zuletzt gestern in Großbritannien, als er sagte: Wenn Sie irgendetwas unternehmen, was auf Kosten der amerikanischen Industrie geht, zum Beispiel in der Informationstechnologie, indem Sie Mindeststeuern für US-amerikanische IT-Unternehmen einführen, wie es Europa tut, dann werden ich, werden wir einfach die Zölle für Sie erhöhen. Trump kann die Zölle erhöhen, und natürlich hat Europa bereits versucht, sich dagegen zu wehren, aber von der Leyen, die die Verhandlungen führte, hat nicht einmal versucht, sich zu wehren. Sie sagte: Nun, zumindest können wir uns darauf verlassen, dass Trump seine Meinung oder die Vereinbarung niemals ändern wird. Zumindest haben wir Gewissheit.

Nun, das ist verrückt. Es gab überhaupt keine Gewissheit. Und Europa hat sie nicht. Europa hatte zwei Möglichkeiten. Die Wahl vor 2022 bestand darin, eine ausgewogene und im Grunde unabhängige Wirtschaft zu haben, solange seine Industrie mit Russland als Rohstofflieferant für Öl, Gas, Düngemittel und andere Grundstoffe symbiotisch verbunden war. Der Vorteil davon für Europa war, dass Europa, Russland, China und die BRICS-Staaten den wachsenden Teil der Weltwirtschaft ausmachen. Die USA sind ein schrumpfender Teil der EU-Wirtschaft.

Trumps Politik zerstört tatsächlich die USA-Landwirtschaft und die USA-Industrie. Sie macht die USA unattraktiv für Investoren. Unternehmen schließen jetzt. Die Gewinne sinken aufgrund der Importkosten, insbesondere für Stahl und Aluminium. Man fragt sich also, warum um alles in der Welt Europa zustimmen sollte, sein langfristiges Schicksal an die USA zu binden und seine Selbstversorgung und Unabhängigkeit (die es hatte, solange es freien und offenen Zugang zu russischen Rohstoffen und Energie hatte) zugunsten von Energie aufzugeben, die fünf- oder sechsmal so viel kostet.

Sobald diese Unabhängigkeit verloren geht, verliert es die Option, für die sich die BRICS-Länder entschieden haben, indem sie sagten: „Nun, wir sind bereit, den USA-Markt zu verlieren, weil es sich um einen Markt handelt, der im Laufe der Zeit schrumpft. Kurzfristig wird dies zwar Kosten verursachen, aber diese Kosten sind geringer als die 350 Milliarden Dollar, die wir an die USA zahlen müssten, nur um unseren kurzfristigen Markt offen zu halten. Der US-Markt ist weder für Japan noch für Korea 350 Milliarden Dollar wert. Jedes dieser Länder hätte 350 Milliarden Dollar zahlen können, um seine eigenen Exporteure zu subventionieren, damit sie sich die Zölle leisten können. Das haben sie nicht getan. Japan hat einfach kapituliert.

Korea weigert sich derzeit zu kapitulieren. Und gestern war sein Außenministerteam in China und versuchte zu sagen: „Gibt es nicht eine Möglichkeit, wie wir ... Angenommen, wir verlieren den US-Markt. Wir stehen vor einer Nachfrage, die wir unmöglich erfüllen können. Wir könnten uns von ihnen abwenden. Welche Vereinbarung könnten wir mit Ihnen und Ihren asiatischen Nachbarn treffen, damit wir unser eigenes, unabhängiges, individuelles geografisches System der Selbstversorgung haben, sodass wir immun gegen die Art von Drohungen sind, die die USA aussprechen?“

Europa hat sich nicht gegen diese Bedrohungen immun gemacht. Ein Teil davon ist militärischer Natur. Immer wieder haben die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens gesagt, dass wir die Unterstützung Amerikas brauchen, falls Russland eine Landinvasion startet und bereit ist, 20 Millionen seiner Soldaten zu opfern, um über Europa bis zu den britischen Inseln vorzustoßen. Nun, das ist verrückt. Das ist eine Bedrohung aus einem Paralleluniversum. Sie hat keine Grundlage in der Realität, denn kein Land, kein Industrieland in der heutigen Welt, kann sich eine militärische Invasion eines anderen Landes leisten. Denn nicht nur würden massenhaft Soldaten sterben, sondern ein solches Land würde, wenn es versuchen würde, eine Wehrpflicht einzuführen, sofort aus dem Amt geworfen werden.

Man hat also europäische Politiker, die im Wesentlichen im Namen der NATO handeln, die von den USA kontrolliert wird, anstatt im Namen ihrer eigenen Wähler. Und man hat Meinungsumfragen, die zeigen, dass die Wähler keinen Krieg in der Ukraine wollen. Die Wähler wollen nicht, dass ihre Sozialausgaben in Europa gekürzt werden, um die begrenzten Budgets für das Militär statt für innenpolitische Belange auszugeben.

Es geht also nicht darum, dass die USA ihre Forderungen auf die BRICS-Staaten konzentrieren. Ihre Forderungen gelten für alle Länder gleichermaßen: „Entweder wir schließen unsere Märkte oder Sie müssen uns Geld zahlen, damit wir ihre Wirtschaft nicht stören und zumindest vorübergehend kein Chaos verursachen.“ Andere Länder schützen sich vor Chaos. Großbritannien schützt sich nicht vor Chaos. Das ist meiner Meinung nach das grundlegende Problem.

Glenn: Nun, ich denke, vieles davon hängt, wie Sie angedeutet haben, mit dem Krieg in der Ukraine zusammen, denn als der Kalte Krieg zu Ende ging, wurden die Europäer weniger abhängig von den USA als Sicherheitsgarant (da der Kalte Krieg vorbei war). Wir sahen, dass die Hauptziele in Europa die Autonomie waren. Sie sprachen davon, ihre kollektive Verhandlungsmacht zu nutzen, um eine wirtschaftliche Position zu erlangen, die sie den USA gleichstellen würde. Die Europäer begannen bereits 1992, nur ein oder zwei Monate nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, darüber zu diskutieren, wie sie ihr eigenes Militär aufbauen könnten. Natürlich gab es keine Bedrohung, aber dies war auch ein Versuch, mehr Autonomie zu erlangen. Sie wollten ihre eigene Außenpolitik und diese auch verfolgen, d. h. eine gemeinsame Außenpolitik der EU. Das kann man also tun, wenn der dominierende Staat die Sicherheitsabhängigkeit nicht in wirtschaftliche Loyalität umwandeln kann.

Seit dem Konflikt in der Ukraine beobachten wir, dass im Falle von externen Bedrohungen die Sicherheitsabhängigkeit offensichtlich wird. Es ist ziemlich vorhersehbar ist, dass die dominierende Macht, der Sicherheitsgarant, dann versuchen wird, wirtschaftliche und politische Zugeständnisse von seinen Vasallen oder Protektoraten zu erlangen. Aus meiner Sicht ist dies ein zentrales Argument von mir, seit die NATO 2014 mit dem Staatsstreich den Konflikt in der Ukraine ausgelöst hat: Europa begibt sich in eine sehr verwundbare Position, weil die USA immer wieder von Freunden und Verbündeten sprechen, was schön und gut ist. Ich meine, wir stehen uns nahe und sollten uns auch nahe stehen, aber Staaten verhalten sich wie Staaten. Und wenn man sich übermäßig von einem anderen Staat abhängig macht, wird dieser versuchen, daraus materielle Vorteile zu ziehen. Aber Sie haben erwähnt, dass die Eroberung Europas, so wie es ist ...

Michael: Bevor Sie fortfahren, Sie haben den Begriff „Sicherheitsgarant“ verwendet. Das ist ein ziemlicher Euphemismus. Die USA bringen Europa in eine beispiellose Unsicherheit, weil Deutschland, Frankreich und Großbritannien anbieten, der Ukraine Langstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, um sie gegen Russland einzusetzen und auf Russland, insbesondere Moskau und St. Petersburg, abzufeuern – die sich in Reichweite dieser Raketen befinden. Sowohl Präsident Putin als auch Außenminister Lawrow haben gesagt: „Wenn die Ukraine eine ausländische Rakete gegen Russland abschießt, ist uns klar, dass unser Kampf nicht gegen die Ukraine gerichtet ist. Unser Kampf richtet sich gegen die NATO. Dies ist ein Krieg zwischen der NATO und Russland. Und wenn eine Bombe aus einer deutschen Fabrik kommt, dann werden wir die Quelle bombardieren. Wir werden Deutschland bombardieren, zumindest die Fabrik in Deutschland, vielleicht auch die Kraftwerke, die diese Fabrik mit Energie versorgen. Das Gleiche gilt für Frankreich, das Gleiche gilt für Großbritannien.“

Nun stellt sich die Frage: Sobald Russland über Interkontinentalraketen verfügt, braucht es keine Atomwaffen mehr. Es verfügt über ein viel breiteres Spektrum an Waffen als die NATO-Staaten. Und diese Waffen sind keine Atomwaffen. Die NATO-Staaten selbst verfügen kaum noch über Waffen. Sie haben sie alle an die Ukraine und an Israel abgegeben. Und jeder Gedanke, tatsächlich

in einen Krieg einzutreten, ist so unrealistisch, dass es wie ein Kampf zwischen Bambi und Goliath wäre. Russland würde sehr schnell reagieren. Das Ergebnis ist, dass die Kriegslust von Ursula von der Leyen und der estnischen Assistentin Kallas Europa in Unsicherheit und große militärische Gefahr bringt.

Eine bewaffnete Invasion durch Infanterie stellt keinerlei Gefahr dar. Und ohne eine militärische Invasion kann man kein anderes Land kontrollieren und die Macht darüber erlangen. Genau das tut Russland derzeit in der Ukraine. Und man sieht die enormen Probleme, die das selbst in der Ukraine mit sich bringt. Was Länder in der demokratischen Form des Krieges tun können, ist, mit Raketen einfach andere Länder zu zerstören. Kriege, die modernen Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg, sind gegenseitige Zerstörung durch Raketen, aus der Luft, sei es von U-Booten oder von landgestützten Raketen. Das ist die Art von Krieg und damit die Unsicherheit, die Europa haben wird.

Es geht also nicht nur um Europas Plan, eine Art bastardisierten Keynesianismus und militärischen Keynesianismus zu verfolgen, also unser Geld für die Rüstungsindustrie auszugeben, um damit vielleicht die Arbeitsplätze zu schaffen, die wir in unserer zivilen Industrie verloren haben, weil wir nun auf amerikanisches Gas und Öl anstatt auf russisches Gas und Öl angewiesen sind. Vielmehr wird dies die Existenz der europäischen Länder bedrohen. Russland hat deutlich gemacht, dass es kein Interesse daran hat, Europa zu übernehmen. Es will einfach nur in Ruhe gelassen werden.

Und Europa gehorcht den USA, nicht nur in Bezug auf diese Zollforderungen und die Zugeständnisse, die Trump macht, sondern in einer viel tieferen Verbindung, indem es der Führung der USA im Kalten Krieg, der jetzt zunehmend zu einem heißen Krieg wird, folgt. Das ist es, was Europa im Wesentlichen in den Bankrott treibt. Es hat sich einer neuen militärischen Achse angeschlossen, die militärisch in keiner Weise in der Lage ist, es mit Russland aufzunehmen. Und ich denke, Ihre militärischen Gäste in Ihrer Sendung haben dies in den letzten Monaten sehr deutlich gemacht.

Und die Frage lautet: Warum können Europas Staats- und Regierungschefs, die für Europa verantwortlich sind, diese Entscheidung im Namen ihrer gesamten Nationen treffen, obwohl die Wähler sagen, dass sie ein Europa wollen, das für sich selbst einsteht und nationalistischer auftritt? Und wenn die sozialdemokratischen und christlichen Parteien die kriegsbefürwortenden Militärparteien sind, die im Grunde unsere Abhängigkeit von den USA akzeptieren und unsere Hoffnungen auf Wachstum durch Handel mit Asien, Zentralasien, Südasien, Nordasien und Ostasien aufgeben, dann werden sie bei Wahlen eine nationalistische Opposition unterstützen.

Leider stehen weder in Deutschland noch in Frankreich oder England in nächster Zeit nationale Wahlen an. Und damit wird das Problem deutlich, mit dem Europa zu kämpfen hat – eine von den USA bestimmte Führung, keine eigene Führung. Und diese US-zentrierte Führung wird von den US-zentrierten neoliberalen Massenmedien, der Presse und dem Fernsehen unterstützt. Der gesamte Kontext, die gesamte Erzählung der wirtschaftlichen Entwicklung ist in Europa verdreht. Laut Starmer, Mertz und Macron glauben sie tatsächlich, dass die Ukraine eine Chance auf den Sieg hat. Aber es gibt keine Chance darauf. Sie glauben, dass der Krieg irgendwie zum Zusammenbruch Russlands führen wird. Aber Russland ist autark. Es ist genauso wenig möglich, dass Russland durch ausländische Sanktionen zusammenbricht, wie China oder seine Verbündeten durch amerikanische Sanktionen zusammenbrechen können, weil sie autark sind.

Europa war früher autark. Es hat all das aufgegeben und sich dafür in Abhängigkeit begeben, ohne zu erkennen, dass die Kosten dieser Abhängigkeit, wenn man einen amerikanischen Präsidenten wie Donald Trump hat, der im Namen der amerikanischen Großkonzerne und Monopole und vor allem des militärisch-industriellen Komplexes handelt, Europa im Grunde genommen in den Bankrott treiben, sein BIP-Wachstum umkehren, seinen Lebensstandard senken und ihm Sparmaßnahmen auferlegen werden.

Glenn: Das Problem ist jedoch, dass, wenn die politische Führung ihre grundlegenden wirtschaftlichen nationalen Interessen nicht verfolgt und sich unterordnet, wie es die Europäer tun, man erwarten würde, dass ein Vakuum entsteht, das von Akteuren gefüllt wird, die tatsächlich nationale Interessen verfolgen. Und das ist das Problem, denn wenn man Führer hat, die sich unterordnen, könnten sie am Ende auch die Demokratie zerstören, weil sie versuchen werden, zu verhindern, dass dieses Vakuum von Menschen gefüllt wird, die tatsächlich auf das öffentliche Interesse reagieren.

In Deutschland gibt es also die AfD, die derzeit beliebteste politische Partei, die den Frieden mit Russland wiederherstellen möchte. Aber sie wird als extremistische Organisation bezeichnet. Es wird über ein Verbot diskutiert. In Frankreich wäre Le Pen wohl die ähnlichste Person, aber sie wurde verhaftet. Wie jeder weiß, verlief die Präsidentschaftswahl in Rumänien nicht wie gewünscht, sodass das Ergebnis einfach annulliert wurde.

Ich habe heute tatsächlich in *Politico* gelesen, dass in der Tschechischen Republik Wahlen stattfinden und es möglicherweise einen neuen Premierminister geben wird. Aber Andrei Babiš liegt in den Umfragen vorn. Möglicherweise wird man ihn daran hindern, Premierminister zu werden, weil er, wie *Politico* als einen der beiden Hauptgründe nennt, eine „zweideutige Beziehung zur NATO“ hat. Er unterstützt sie nicht eindeutig.

Aber das haben wir auch in der Ukraine gemacht. Als Selensky 2019 mit seiner Friedensplattform gewann, für die 73 Prozent der Ukrainer gestimmt hatten, zogen viele von den NATO-Ländern finanzierte NGOs eine rote Linie und drohten Selensky im Grunde genommen, diese Idee aufzugeben. Er durfte nicht mit Russland über Frieden sprechen, ohne dass die NATO dabei war. Das passiert, wenn man eine politische Elite hat, die nicht die nationalen Interessen verfolgt und jeden daran hindert, das Vakuum zu füllen, das durch ihre Inkompetenz entstanden ist. Irgendwann wird man damit jedoch die Demokratie zerstören.

Michael: Das ist nicht nur in Bezug auf Russland geschehen, sondern auch in Bezug auf Israel. Wenn Sie behaupten, dass Sie gegen den Nationalsozialismus sind; wenn Sie behaupten, dass Sie dagegen sind, eine nationale ethnische Religion als physisch untermenschlich und als eine andere Spezies zu behandeln; wenn Sie sagen, dass jeder Mensch ein Mensch ist; dass wir alle zur selben Spezies gehören, dann können Sie keinen Völkermord begehen, denn das ist in Deutschland ein Verbrechen, weil Sie damit sagen, dass die Palästinenser Menschen sind. Das ist in Deutschland ein Verbrechen, weil die Palästinenser, nun ja, das muss ich nicht erklären. Wenn man in der Ukraine sagt, dass die Slawen, die Russischsprachigen, keine Untermenschen sind, ist das ein Verbrechen. Wir erleben ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus, das sich über ganz Europa ausbreitet, mit Deutschland als Zentrum, wie es schon früher der Fall war.

Das Ergebnis ist, dass ganz Europa sich Deutschland angeschlossen hat, um den Zweiten Weltkrieg erneut zu führen, in der Überzeugung, dass sie diesmal gewinnen können. Und ich denke, ein Teil dieser Illusion ist, dass eine ganze Generation von Europäern nicht nur mit amerikanischen Filmen aufgewachsen ist, sondern auch mit einer falschen Vorstellung davon, wer den Zweiten Weltkrieg geführt hat. Die beiden Hauptkämpfer des Zweiten Weltkriegs waren Russland, das 22 Millionen Menschen verlor, und China, das 18 Millionen Menschen verlor. Das ist weit mehr als die Verluste der Westmächte, der Europäer und Amerikaner. Es waren die Russen, die die Wehrmacht zerschlugen, und es war China, das die Macht Japans brach, die 1931 mit der Übernahme der Mandschurei durch Japan begann.

Die Europäer glauben, dass irgendwie sie, eigentlich aber die Amerikaner, den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben. Dabei haben die Amerikaner ihnen lediglich Rationen zugeteilt. Sie haben für ihre Bemühungen Geld verlangt. Sie sind erst am Ende dazugekommen. Sie haben den Zweiten Weltkrieg in Japan sehr schnell beendet, indem sie die Atombombe in Japan eingesetzt haben, bevor die Russen die Chance hatten, die Japaner zu vertreiben und eine kommunistische Herrschaft über Japan zu errichten. Das Gleiche geschah in Westeuropa. Die Amerikaner haben es immer wieder hinausgezögert. Die Amerikaner wollten, dass der Krieg in Europa so lange wie möglich andauerte, solange er Russen und Japaner tötete.

So sehen russische Historiker den Krieg. So sehen chinesische Historiker den Krieg. Die Europäer sehen den Krieg nicht so. Sie denken: „Nun, wir haben Russland zuvor mit amerikanischer Hilfe besiegt. Mit amerikanischer Hilfe können wir das wieder schaffen. Auf diese Weise können wir, genau wie wir nach dem Zweiten Weltkrieg den Nahen Osten und Afrika zwischen Frankreich, Deutschland, England und den USA aufgeteilt haben, alles noch einmal machen. Es gibt diesen Mythos, der irgendwie eine falsche Erzählung geschaffen hat, die die Europäer in ihrer Vorstellung davon, was sie in Zukunft erreichen können, leitet. Und es ist eine falsche Erzählung, die fast suizidal selbsttäuschend ist.“

Glenn: Nun, zu diesem Punkt muss betont werden, dass es tatsächlich die Russen und Chinesen, oder genauer gesagt, die Sowjets und Chinesen waren, die die schwere Last trugen, die schwere Last im Kampf gegen den Faschismus. Aber kürzlich hat Kaja Kallas, die Außenbeauftragte der EU, sich darüber lustig gemacht und gesagt: „Oh, diese Chinesen und Russen behaupten, sie hätten den Faschismus besiegt. Oh, die lesen dort keine Bücher.“ Ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, sie schaut vielleicht auch viele Filme und denkt, dass der Zweite Weltkrieg von Tom Hanks gewonnen wurde. Ich weiß nicht, woher sie ihre Informationen hat, aber sie hat diese ‚Idee‘ sogar vor der Kamera verspottet.

Michael: In unseren Köpfen gibt es verschiedene Arten von Büchern. Es gibt eine Art von Büchern für die Mehrheit der Weltbevölkerung. Die deutschen Geschichtsbücher, die französischen, amerikanischen und englischen Geschichtsbücher wurden alle umgeschrieben und verzerren die tatsächlichen Ereignisse immer extremer.

Glenn: Aber seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es in Frankreich und anderen Ländern Umfragen, in denen gefragt wird: Wer hat sich am meisten engagiert? Wer hat mehr oder weniger am meisten dazu beigetragen, Frankreich zu befreien und Europa vor dem Faschismus zu retten? Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gaben in Frankreich etwa 85 bis 90 Prozent der Befragten an, dass dies natürlich die Sowjets waren. Nach Jahrzehnten intensiver Propaganda ist dies heute nur noch eine

kleine Minderheit. Ich glaube, nur noch 18 bis 21 Prozent glauben, dass die Sowjetunion am meisten zur Niederlage Nazi-Deutschlands beigetragen hat.

Propaganda funktioniert also. Man erzählt einfach immer wieder dieselben Geschichten, und nach einer Weile glauben die Leute daran. Und jetzt wird uns erzählt, dass der Zweite Weltkrieg eigentlich sowohl vom Faschismus als auch von der Sowjetunion verursacht wurde. Und dass es die freien und liebevollen Staaten des Westens waren, die den Faschismus besiegt haben. Ich meine, das ist eine ziemlich außergewöhnliche Geschichte.

Michael: Das ist eine falsche Darstellung. Wurde Europa vor dem Faschismus gerettet? Wenn man sich das heutige Europa ansieht, wurde es *nicht* vor dem Faschismus gerettet. Wenn Europa gerettet wurde, dann *für* den Faschismus. Der Faschismus wurde fast sofort von den USA gerettet. Die USA stellten sofort die wichtigsten Nazi-Beamten ein und setzten sie im Kampf gegen die Linke ein. In Italien gab es die Operation Gladio. Es gab den von der CIA und der amerikanischen Außenpolitik organisierten Terrorismus. Und die USA stellten die ukrainischen Faschisten, die Nazis, ein, um eine ukrainische nationalistische Bewegung zu organisieren. Die USA bewahrten den Faschismus davor, von Europa besiegt zu werden.

Der Faschismus war Amerikas Antwort auf den Sozialismus und die Arbeiterbewegung. Aldo Moro wurde in Italien ermordet. Europäische Politiker wurden ermordet, genauso wie Lumumba in Afrika ermordet wurde und Pinochet Allende in Chile ermordete. Es gab politische Morde. Es gibt eine ganze Reihe von NGOs, die durch die amerikanische National Endowment for Democracy gegründet wurden und als Finanzierungsinstrumente dienen, um faschistische Führer nach Europa zu holen. Merz ist ein Faschist. Es gibt kein anderes Wort dafür. Und man könnte sagen, dasselbe gilt für Kallas; man könnte sagen, dasselbe gilt für von der Leyen mit ihrem familiären Nazi-Hintergrund.

Wurde Europa vor dem Faschismus bewahrt? Und wenn ja, warum gibt es heute ein Wiederaufleben des Faschismus – indem ethnischer Völkermord in Ländern unterstützt wird, die die USA für notwendig erklären, um ihre Kontrolle über verschiedene Regionen der Welt zu sichern? Das ist wirklich der Kampf. Sie haben völlig Recht, wenn Sie auf die Einschränkung der Bürgerrechte und der Meinungsfreiheit hinweisen. Das ist Faschismus. In den letzten Wochen haben wir in den USA eine ähnliche Machtübernahme erlebt, nur durch Donald Trump – er hat eine neue Ära des McCarthyismus wie in den 1950er Jahren eingeläutet und greift die von ihm so bezeichnete Linke an, als wäre diese irgendwie für die Ermordung von Charlie Kirk verantwortlich.

Von Europa bis zu den USA vollzieht sich derzeit etwas Politisches, an das meiner Meinung nach am Ende des Zweiten Weltkriegs, in all dem Optimismus jener Zeit, niemand geglaubt hat – dass nämlich mit der Niederlage Deutschlands und Italiens auch der Faschismus besiegt sei. Tatsächlich hat dies den Klassenkampf zwischen amerikanischer Vorherrschaft und Oligarchie – und Sozialismus, um es mit einem Etikett zu versehen – wiederbelebt. Und dieser Kampf dauert an. Es gibt diesen anhaltenden Kampf gegen den Sozialismus und gegen die Demokratie.

Die Entwicklung Europas ging nicht in Richtung Demokratie. Sie entfernte sich davon. Sie führte zu einer Abhängigkeit von einem zunehmend undemokratischen Imperialismus und sogar einer Diktatur durch US-Neokonservative und Neoliberale, die versuchen, einen erneuten Zweiten Weltkrieg anzuzetteln – diesmal gegen Russland und China. Und genau wie sie (Russland und China)

gewonnen haben, konnten sie im Zweiten Weltkrieg den Faschismus besiegen, sei es den deutschen oder den japanischen. Das Gleiche würde heute passieren, aber der Kampf wird viel gewalttätiger sein und mit Raketen statt mit Infanterie ausgetragen werden.

Glenn: Ja, diese Vorstellung, dass die USA Faschisten nicht unterstützt hätten, dass es sich nur um eine antifaschistische Allianz handelte, ist irgendwie interessant, denn – ich habe es gerade nachgeschlagen – Harry Truman sagte vor seiner Präsidentschaft: „Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen.“ Auf diese Weise sollten sie so viele wie möglich töten. Und gegen Ende des Zweiten Weltkriegs hatten wir auch die Briten, die diesen Plan namens „Operation Unthinkable“ entwickelten, der im Mai 1945, als der Krieg zu Ende ging, ausgearbeitet wurde und nicht nur die USA und Großbritannien betraf, sondern auch vorsah, die Überreste der faschistischen Armee zu nutzen, um unmittelbar nach dem gemeinsamen Sieg einen Überraschungsangriff auf die Sowjetunion zu starten.

Aber nach 80 Jahren Hollywood haben wir eine ganz andere Geschichte. Ich wollte ein wenig zurückkommen auf die wirtschaftliche Eroberung, wenn man so will, der Verbündeten, denn wir haben die Europäer erwähnt, aber die USA haben auch einige, ich denke, loyale Verbündete in Ostasien. Ich denke dabei an Korea, Japan und Taiwan, die alle eine starke, nun ja, nennen wir es Sicherheitsabhängigkeit von den USA haben. Wie versuchen die USA, diese beiden Länder und diese Insel unter Druck zu setzen?

Michael: Auch hier ist der Begriff „Sicherheitsabhängigkeit“ ein Euphemismus. Es handelt sich um Orwellsche Doppelzüngigkeit. Japan hat über eine Wiederbewaffnung gesprochen und erwägt sogar, wieder eine Atommacht zu werden. Sollte Japan sich wiederbewaffnen, würde dies China sofort dazu veranlassen, sich zu verteidigen. Japan hat bereits im Zweiten Weltkrieg eine verheerende Niederlage erlitten. Es ist unmöglich, dass Japan für irgendjemanden eine echte militärische Bedrohung darstellen könnte. Sicherlich hegen die Nordkoreaner, ebenso wie die Südkoreaner, aufgrund der brutalen Besetzung Koreas über so viele Generationen hinweg keinerlei Zuneigung für Japan. Es herrscht dort fast schon Hass auf Japan, da die Liberaldemokratische Partei von den USA als Teil eines Abkommens mit den japanischen Yakuza, den Kriminellen, eingesetzt wurde.

MacArthur in Japan und das US-Außenministerium schlossen Vereinbarungen mit Kriminellen, um sozialistische Demonstrationen zu unterdrücken und anzugreifen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Japan eine Chance für den Sozialismus, eine Reaktion der Japaner. Die amerikanische Alternative bestand darin, Japan im Grunde genommen zu einer weitgehend kriminalisierten, mafiösen Oligarchie zu machen, die von der LDP kontrolliert wurde. Nun, die jüngsten Wahlen drohen nun zum ersten Mal, die pro-amerikanische Liberaldemokratische Partei zu entthronen und eine nationalistischere Partei an die Macht zu bringen. Mit Nationalismus ist nicht der japanische Nationalismus der 1930er Jahre im militärischen Stil gemeint. Es bedeutet Unabhängigkeit von den USA. Das Ziel ist es, Japan nicht erneut der Gefahr eines Krieges auszusetzen.

Nun, auch hier ist Japan Gastgeber für US-Militärstützpunkte. Vor einigen Wochen gab es eine große Militärdemonstration Chinas, bei der ganz explizit Raketen gezeigt wurden, auf die man hinwies: Diese Rakete kann Guam treffen, Amerikas Militärstützpunkt im Westen, im Pazifik. Sie kann auch andere japanische Militärstützpunkte treffen. Es ist also nicht so, dass Japan seine Sicherheit riskiert. Das Gleiche gilt für Taiwan. Es gibt sehr umfangreiche taiwanesischen Investitionen auf

dem chinesischen Festland. Es besteht bereits eine Art wirtschaftliche Symbiose zwischen den beiden Ländern, aber die USA versuchen, einen Keil dazwischen zu treiben.

Die Chinesen haben gesagt, wenn Sie aus irgendeinem Grund in der Lage sind, die taiwanesischen Führer auf die gleiche Weise zu kooptieren, wie Sie beispielsweise die europäischen Führer kooptiert haben, werden wir sehr hart zuschlagen. Und es wird kein Wettbewerb sein. Ihre Flotte ist nur ein leichtes Ziel. Ihre Seemacht, die zum Sieg im Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, ist kein aktives militärisches Instrument mehr, weil wir sie an einem Tag auslöschen können. Die gesamte Marine. Marinen sind als Kontrollinstrument, das sie so viele Jahrhunderte lang waren, als Großbritannien die größte Marine der Welt hatte, überholt. Die ganze Idee der Marine für Großbritannien bestand darin, sich um die wirtschaftliche Entwicklung an der Küste zu kümmern. Das lag daran, dass Großbritannien den Außenhandel und die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen den Ländern förderte.

Nun, China hat versucht, dieser ganzen McKinley-artigen Strategie der Kontrolle der Peripherie der Kontinente durch Handel entgegenzuwirken. China baut durch die Belt and Road Initiative interne Verbindungen mit Eisenbahnen, Pipelines, Autobahnen und allen möglichen Arten von Verbindungen auf. So verlagern sich die gesamten Instrumente des Außenhandels nun mehr ins Landesinnere und in den Binnenhandel. Das führt zur Schaffung regionaler Einflussbereiche und zur Selbstständigkeit, um unabhängig zu werden.

Die Auswirkungen der Forderungen der USA, die sie an alle von Europa über Asien bis hin zu Lateinamerika stellen, sind so weitreichend, dass sie eine Gegenreaktion auf den gesamten Liberalismus der letzten zwei Jahrhunderte ausgelöst haben, der den Außenhandel und die Vernetzung nicht als eine regelbasierte Ordnung, sondern als eine wirtschaftliche Ordnung der Stabilität betrachtete. Diese Vernetzung wird nun als Waffe eingesetzt. Trump hat den Außenhandel als Waffe eingesetzt, sowohl den Zugang zum US-Markt für europäische und andere Exporteure als auch die Möglichkeit, Grundbedarfsgüter zu importieren, die die USA kontrollieren, allen voran Öl und auch Agrarprodukte und nun auch Hightech-Elektronik. Er versucht, all diesen Handel als Waffe einzusetzen, um eine Form der Abhängigkeit zu schaffen, die die USA als Druckmittel nutzen können: Wir werden Ihre Wirtschaft destabilisieren, wenn Sie unseren Forderungen nicht nachgeben.

Der wahre Grund, um noch einmal auf Ihre erste Frage zurückzukommen – warum behandelt die USA Europa so und versucht, die BRICS-Länder genauso zu behandeln? Das liegt daran, dass die USA nicht mehr industrialisiert sind. Sie sind deindustrialisiert. Das gesamte Wirtschaftswachstum seit 2008, der Hypothekenkrise, den Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkten, ist Es handelt sich um finanziellen Reichtum. Es ist nicht der Reichtum der realen Produktion. Es ist nicht der Reichtum des Lebensstandards. Der Lebensstandard ist seit 2008 für mehr als die Hälfte der Amerikaner nicht gestiegen. Er hat sich so sehr auf die reichsten 10 Prozent konzentriert, dass die reichsten 10 Prozent der Amerikaner für 50 Prozent des gesamten Wachstums bei Konsumgütern verantwortlich sind.

Aber natürlich sind die Konsumgüter der wohlhabenden, reichsten 10 Prozent nicht die gleichen Konsumgüter, die die unteren 90 Prozent kaufen – Lebensmittel und Grundbedürfnisse. Es sind Luxusgüter, es sind Andy-Warhol-Radierungen, es sind Trophäen und italienische Mode. All dies wurde bereits im 17. und 18. Jahrhundert diskutiert, und man erkannte, dass sich der Finanzsektor nicht wirklich wie ein Industriesektor verhält.

Wir erleben derzeit eine grundlegende Veränderung in der Dynamik des Kapitalismus und der Wirtschaft insgesamt. Nun, wir haben bereits darüber gesprochen – all dies hat eine politische Dimension. Die politische Dimension bedeutet, dass die USA, wenn sie eine noch stärkere Verschlechterung ihres heutigen Lebensstandards vermeiden wollen, Unterstützung von anderen Ländern erhalten müssen – um von ihnen den Reichtum, die Importe, das Geld und die Subventionen zu bekommen, die sie brauchen, um ihre Wirtschaft am Laufen zu halten, die ihre heimische Wirtschaft nicht mehr bereitstellen kann.

Die USA haben also ihre Fähigkeit zur Selbstversorgung verloren, und ihre Antwort auf Europa besteht darin, Europas Fähigkeit zur wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Selbstversorgung zu zerstören. Während die BRICS-Staaten, Asien, jetzt in Verbindung mit dem Globalen Süden, Afrika und Teilen Lateinamerikas ihre eigene Selbstversorgung als wichtigstes wirtschaftliches Ziel setzen, damit sie nicht der Einschüchterung und Erpressung durch die USA und den Drohungen, ihre Wirtschaft zu stören, ausgesetzt sind. Wenn Sie Ihre Wirtschaft von den USA abschotten, können diese Ihnen nichts anhaben, indem sie Sanktionen verhängen, Zölle erhöhen oder ihren Import- und Exporthandel sowie ihren Finanzhandel als Waffe einsetzen.

Glenn: Nun, genau aus diesem Grund hat sich das gesamte von den USA geführte Bündnissystem so grundlegend verändert. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die USA tatsächlich einige äußerst großzügige Handelsabkommen mit Frontstaaten geschlossen, sei es mit Deutschland oder allen Europäern, oder mit Südkorea, Taiwan und Japan. In dieser Ära stehen nun alle Länder vor einem Dilemma, da die USA Zugeständnisse einfordern. Das heißt, entweder geben sie den Forderungen nach, müssen sich dadurch aber natürlich von anderen Ländern abkoppeln und sich weiter isolieren, wodurch sie noch abhängiger von den USA werden, oder sie streben nach vollständiger Autonomie, indem sie tatsächlich diversifizieren. Dann müssen sie sich jedoch stärker auf die BRICS-Staaten, die SEA und ähnliche Institutionen stützen. Aber es gibt nicht mehr so viele Mittelwege. Ich denke, deshalb war das überzogene Vorgehen der USA gegenüber Indien so spektakulär, weil man davon ausging, dass man sie zu Europäern machen könnte, indem sie sich von allen anderen Machtzentren abschotten, sich den USA unterordnen und alles unterschreiben, was man ihnen vorlegt. Es stellte sich heraus, dass sie den umgekehrten Weg gehen mussten.

Aber die Tatsache, dass Modi nach China reisen musste, hat meiner Meinung nach dieses Dilemma deutlich gemacht, dass es keinen Mittelweg mehr gibt. Entweder man unterwirft sich oder man schützt sich durch Diversifizierung, muss sich dann aber auf die multipolaren Institutionen stützen. Es ist also eine faszinierende Zeit. In dieser Hinsicht ist es auch ein interessantes soziales Experiment. Ich weiß nicht, ob Sie noch ein paar abschließende Gedanken haben, bevor wir zum Ende kommen.

Michael: Nur die Länder, die Amerika im Zweiten Weltkrieg besiegt hat, sind zu „Surrender Monkeys“ geworden. Japan ist zu einem erbärmlichen Opfer des Stockholm-Syndroms geworden. Und natürlich Deutschland. Das sind die beiden Länder, die sich ergeben haben. Und der andere große Gegner der USA im Zweiten Weltkrieg war natürlich Großbritannien. Das britische Darlehen von 1944 und die von Ihnen gerade erwähnten Handelsabkommen, die für andere Länder vorteilhaft waren, zielten speziell darauf ab, das Britische Empire zu zerschlagen. Durch die Öffnung der internationalen Märkte beendeten sie die britische Imperialpräferenz. Das bedeutete, dass alle Deviseneinnahmen, die von Indien, Argentinien und anderen Rohstoffexporteuren des globalen Südens

erzielt wurden, nicht mehr innerhalb des Britischen Empire ausgegeben werden mussten, sondern überall ausgegeben werden konnten.

Nun, die britische Wirtschaft war zerstört, und das bedeutete, dass man in den USA frei Geld ausgeben konnte. Es wurden zwar Handelsabkommen mit Deutschland und anderen europäischen Ländern geschlossen. Natürlich bevorzugten die USA den Handel dort, weil die europäischen Unternehmen von amerikanischen multinationalen Konzernen aufgekauft wurden. Was in Europa vor allem unterstützt wurde, waren die internationalen Unternehmen. Genau darum geht es in dieser Woche, im letzten Monat, im Kampf von Trump gegen England und die EU. Die heutige Financial Times hat einen ganzen wunderbaren Artikel: Großbritannien muss sich gegen den Druck der USA in Bezug auf Technologieregeln wehren. Dabei geht es um die digitale Dienstleistungssteuer in Europa.

Zumindest Europa versucht, amerikanischen Technologieunternehmen eine Digitalsteuer aufzuerlegen, weil sie es geschafft haben, mit Hilfe der Hollywood-Buchhaltung die Zahlung von Einkommenssteuern dort zu vermeiden. Und Trump hat England, Großbritannien, gesagt: „Wenn ihr versucht, euch gegen uns zu stellen und amerikanischen Unternehmen eure Digitalsteuer aufzuerlegen oder zu versuchen, die Aktivitäten meiner Geldgeber im Silicon Valley einzuschränken, werden wir trotz der Vereinbarung, die wir im letzten Frühjahr getroffen haben, erneut Zölle gegen euch erheben.“

Nun, wenn er das gegenüber Großbritannien sagen kann, kann er es sicherlich auch gegenüber der EU sagen. Er hat der EU sehr deutlich gemacht, dass er, wenn die EU etwas unternimmt, das zu Lasten amerikanischer Unternehmen geht, solange diese multinationalen Konzerne zu Trumps republikanischer Kampagne und seiner persönlichen Kampagne beitragen und persönlich in seine Kryptowährungsbetrügereien und andere Betrügereien investieren, diese Länder einfach unter Druck setzen und ihnen die Daumenschrauben anlegen wird. Das ist im Grunde genommen das, was dort passiert ist. Das ist mein abschließender Gedanke.

Europa hat sich dazu hinreißen lassen, alle diplomatischen, handelspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Initiativen an USA-amerikanische Planer abzugeben, die keine offenen Handels- und Finanzabkommen zum Nutzen aller Länder schließen. Aber wie Trump sagte, müssen die USA bei jedem Abkommen, das sie mit anderen Ländern schließen, als Gewinner hervorgehen. Und deshalb schließen die USA keine internationalen Abkommen mehr. Trump sagt, wir werden Abkommen auf Länderbasis schließen. Wir werden teilen und herrschen. Das hat für Großbritannien ein paar Jahrhunderte lang funktioniert. Es wird auch für uns funktionieren. Und solange wir verschiedene Länder gegeneinander ausspielen können, und zwar uns, die US-Wirtschaft, gegen viel kleinere einzelne Volkswirtschaften, werden diese lieber getrennt voneinander hängen. Solange wir sie dazu bringen können, lieber getrennt zu hängen als gemeinsam, haben wir den diplomatischen Kampf um die Kontrolle gewonnen.

Glenn: Ja, nun, ich denke, der Fehler der Europäer ist, dass sie glauben, sie sollten einfach Trump aussitzen, als ginge es nur um Trump. Ich meine, ich finde ihn ziemlich extrem und radikal in seiner Herangehensweise, Probleme zu erkennen und zu lösen. Aber ich denke, die Alternativen, also die Bidens dieser Welt, würden nicht unbedingt einen ganz anderen Weg einschlagen. Natürlich wären

sie vielleicht etwas gemäßiger, aber das übergeordnete Problem ist, dass wir uns zu sehr auf Persönlichkeiten konzentrieren, aber wie sieht das Endergebnis aus? Ich meine, was kann dieses ehemalige kapitalistische System, das so erschöpft ist, noch tun? Ich meine die USA – wenn sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Es verliert seinen technologischen Vorsprung, es versinkt in Schulden, es gibt massive wirtschaftliche Ungleichheiten, die soziale und politische Probleme schüren. Ich meine, man sieht, dass dies das Ende der Fahnenstange ist. Es gibt keine Möglichkeiten mehr, mit der kommenden Finanzkrise umzugehen. Man kann den Zinssatz weder senken noch erhöhen. Entweder würde dies zum Zusammenbruch des Dollars führen oder die Rückzahlung der Schulden unmöglich machen.

Es scheint also eine Sackgasse zu sein. Ich denke, Trump geht damit auf eine, sagen wir, sehr autoritäre Weise um. Aber die Vorstellung, dass wir einfach zu den alten Verhältnissen zurückkehren können, halte ich für ziemlich illusorisch. Das ist Wunschdenken.

Michael: Das ist das ganze Problem, Glenn. Du hast den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Verhältnisse damals und heute sind nicht mehr dieselben wie 1945. Damals gab es in Europa noch eine aktive Linke. Es bestand die Chance, dass Europa in einer gemischten Wirtschaft sozialistisch werden würde. Und sicherlich war die britische Labour Party in den 1940er Jahren entsprechend progressiv. Es gab progressive Bewegungen in ganz Europa. All das wurde von den USA verhindert.

Und dann gab es noch die alte europäische Geldaristokratie, die dagegen kämpfte und im Wesentlichen auf Neoliberalismus drängte, auf eine Schwächung der Regierung, die stark genug war, um die aufkommenden Finanzoligarchien zu regulieren, die durch ihre gegenseitige Abhängigkeit von amerikanischen multinationalen Unternehmen und multinationalen Investitionen ein Vermögen machten. Und die gesamte Weltwirtschaft wurde nach US-amerikanischen Vorbildern umstrukturiert, was zu diesem Problem geführt hat.

Damit Europa wieder prosperieren kann, muss es also die gesamte Richtung der Geschichte überdenken. Und genau darüber haben wir beide in den letzten Monaten gesprochen. Sie müssen das wirtschaftliche Rad neu erfinden, um zu analysieren: Wie schaffen wir eine gemischte Wirtschaft, die Wachstum, steigenden Lebensstandard und Industrie fördert, anstatt finanzielle Vermögen nach US-Vorbild zu schaffen, die zu unserer Deindustrialisierung führen, so wie sie zur Deindustrialisierung der USA geführt haben. Wie können wir vermeiden, wie die USA zu enden? Was macht China bei seinem Aufschwung richtig, das tatsächlich genau den Strategien folgt, die Großbritannien, Deutschland und die USA im späten 19. Jahrhundert zu Industriemächten gemacht haben?

Glenn: Nun, das ist ein interessanter Aspekt, wenn man bedenkt, dass Chinas Kapitalismus als gelenkter Kapitalismus definiert wird, all diese seltsamen Begriffe, die aber, wenn man sie genauer betrachtet, dem industriellen Kapitalismus der USA im 19. Jahrhundert sehr, sehr ähnlich sind. Aber ja, Michael Hudson, wie immer vielen Dank, dass Sie Ihre Erkenntnisse mit uns geteilt haben. Ich werde auch einen [Link zu Ihrem Blog](#) in der Beschreibung hinterlassen. Nochmals vielen Dank.

Michael: Vielen Dank, Glenn.